

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 13/2011

Sanierung des Haushalts und Entlastung der Bürger – Persönliche Notizen

Haushaltsentwicklung

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause war geprägt durch die Grundsatzentscheidung unserer Koalition, **untere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 steuerlich zu entlasten** und die **kalte Progression zu vermindern**. Außerdem legte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble an diesem Donnerstag den Entwurf zum Bundeshaushalt 2012 und zum Finanzplan des Bundes bis 2015 vor. Mit diesem Regierungsentwurf geht die Koalition einen weiteren Schritt auf dem Weg der Gesundung der Staatsfinanzen. Noch für das Jahr 2010 musste der Bund mit einer Nettokreditaufnahme von 86 Mrd € planen. In diesen Tagen ist bereits absehbar, dass die Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 auf rund 30 Mrd € sinkt. Dies ist nicht zuletzt der guten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet. Die gute wirtschaftliche Entwicklung ist ihrerseits auch eine Folge des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses der christlich-liberalen Koalition. Mit dem vorgelegten Entwurf hält die Bundesregierung auch 2012 und in den Folgejahren die Vorgaben der seit diesem Jahr geltenden Schuldenbremse strikt ein. Das von der Schuldenbremse vorgegebene Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalts wird in jedem Fall erreicht werden. Das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts wird bis 2015 im Durchschnitt jährlich um fünf Mrd € sinken. Wie se-

hen nun die wesentlichen Haushaltskennziffern aus: Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2012 werden 306 Mrd € betragen. Damit bleibt der Ausgabenanstieg des Bundeshaushalts deutlich unterhalb der erwarteten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2012 wird bei 27,2 Mrd € liegen. In den Folgejahren wird die Neuverschuldung weiter kontinuierlich zurückgehen (2013: 24,9 Mrd., 2014: 18,7 Mrd., 2015: 14,7 Mrd.). Aus heutiger Sicht ist es denkbar, dass die ab 2016 geltenden Vorgaben eines strukturellen Defizits von maximal 0,35 Prozent des BIP schon 2015 erreicht werden. Die Steuereinnahmen entwickeln sich für alle staatlichen Ebenen positiv. Für den Bund wird für 2012 und die Folgejahre zusätzlich mit durchschnittlich 4 Mrd € gerechnet. Der positive Konjunkturverlauf unterstützt die Bundesregierung einerseits beim Defizitabbau, andererseits ergeben sich aufgrund höherer Wachstumswerte zusätzliche Handlungsspielräume auf der Einnahmenseite, die zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen genutzt werden können. Die Koalition wird im Herbst die vorhandenen Spielräume ausnutzen, damit mehr netto vom Bruttoeinkommen beim Steuerzahler verbleibt, und einen Gesetzentwurf vor der endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushalts 2012 vorlegen. Außerdem werden angesichts der guten Beschäftigungslage die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt. So erreicht die Koalition, dass alle Bürgerinnen und Bürger am Aufschwung teilhaben

können. Mit dieser Entscheidung wird der Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger konsequent fortgesetzt: Bereits im Jahr 2010 wurden mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben und die Steuerzahler mit über 20 Mrd € entlastet. Durch das Steuervereinfachungsgesetz, das im wesentlichen zum 1.1.2012 in Kraft tritt, wird zusätzlich zu den Steuervereinfachungen auch die Steuerbelastung um rund 600 Mio € gesenkt. Durch die vereinbarte weitere Entlastung zum 1. Januar 2013 entsteht für die Bürger zusätzlicher finanzieller Freiraum, der Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen ist. Steuerpolitik ist damit auch Wachstumspolitik. Gleichzeitig setzt unsere Koalition ihren Konsolidierungskurs fort. Die Schuldenregel wird eingehalten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt dafür, dass beides möglich ist: Die Sanierung des Bundeshaushalts und die Entlastung der Bürger.

Präimplantationsdiagnostik zugestimmt

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag abschließend über drei Gesetzentwürfe debattiert, deren Ziel eine gesetzliche Regelung für den künftigen Umgang mit den umstrittenen Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ist. Alle Gesetzentwürfe wurden von fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppen vorgelegt. Mit einer Mehrheit von 326 Abgeordneten stimmte der Deutsche Bundestag dem von Peter Hintze initiierten Gesetzentwurf zu, mit dem die PID eingeschränkt erlaubt werden soll. Nach dem positiven Votum einer Ethikkommission soll die PID an zugelassenen Zentren aber nur solchen Paaren ermöglicht werden, die die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei denen mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Die Bundesregierung soll zudem "durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates" Anzahl und Zulassungsvoraussetzungen der PID-Zentren regeln. Ein 2. Gesetzentwurf, der ein striktes Verbot der PID vorsah erhielt mit 228 abgegebenen Stimmen keine Mehrheit. Der 3. Gesetzentwurf, der die PID zwar "grundsätzlich" verbietet, in den Ausnahmefällen aber "für nicht rechtswidrig" erklärt, bei

denen die erbliche Vorbelastung der Eltern "mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Schädigung des Embryos erwarten lässt, oder die mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Tot- oder Fehlgeburt führt", erhielt mit 58 Stimmen ebenso wenig eine Mehrheit.

Das Handwerk stark machen

Nach der Beratung einer Großen Anfrage zur Lage des Handwerks in Deutschland brachten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP an diesem Freitag den Koalitionsantrag „Wirtschaftsmacht Handwerk – kein Wachstum in Deutschland ohne das Handwerk“ ein, der nach der parlamentarischen Sommerpause im Wirtschaftsausschuss weiterberaten werden soll. In der Antwort auf die Große Anfrage beschreibt die Bundesregierung eine Umsatzsteigerung der Betriebe im letzten Jahr von 456 auf rund 492 Mrd €. Der Beitrag des Handwerks zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ist in diesem Zeitraum mit 8,6 Prozent konstant geblieben. Auch die Beschäftigung im Handwerk ist seit 2005 weitgehend stabil und kann 2011 auf 4,755 Millionen zunehmen (2010: 4,730 Millionen). Das Handwerk ist wegen seines Wertschöpfungsbeitrags, seiner Personalintensität, seiner Ausbildungsleistung und den wachsenden technischen Anforderungen weiterhin von besonderer Bedeutung für Wirtschaft und Aufschwung in Deutschland. Daher wird die Bundesregierung durch die Koalitionsfraktionen aufgefordert, im Rahmen bestehender Haushaltsmittel Maßnahmen zu prüfen, mit denen das Handwerk gestärkt in die Zukunft gehen kann.

Ahndung von Widerstand gegen Staatsgewalt

Polizeibeamte und andere Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und immer häufiger Ziel gewalttätiger Angriffe werden, sollen besser geschützt werden. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches vorgelegt, der in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung beraten wurde. Mit dem Gesetz wird unter anderem der Strafrahmen für den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei auf drei Jahre angehoben und der geschützte

Personenkreis um Feuerwehrleute und Angehörige von Rettungsdiensten erweitert. Ferner werden auch Fahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste sowie bedeutende technische Arbeitsmittel dieser Stellen in den Kreis der durch § 305 a StGB besonders geschützten Sachen einbezogen.

Entschädigung für ehemalige Heimkinder

Kinder und Jugendliche, die während einer kommunalen oder kirchlichen Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1949 und 1975 zu Opfern von Unrecht und Misshandlungen geworden sind, sollen entschädigt werden. Dafür machten sich die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag stark, der an die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung anknüpft und in dieser Woche abschließend beraten und mit Mehrheit verabschiedet wurde.

Zitat

«Ich habe als junge Ärztin geglaubt, vieles zu wissen, aber die Wucht des Schicksals rund um Schwangerschaft und Geburt haben mich sehr still werden lassen.»

(Sozialministerin Ursula von der Leyen in der Debatte zur Präimplantationsdiagnostik)

Persönliche Notizen

1. Bundestag

Diese Woche waren wieder eine Reihe von Schulklassen zu Besuch im Bundestag, eine 12. Klasse des Kopernikus-Gymnasiums Wasseralfingen, eine 9. Klasse des Ernst-Abbé-Gymnasiums Oberkochen, die 9. Klasse der Konrad-Biesalski-Schule aus Wört und der Jagsttalschule aus Westhausen. Die Schulkasse der Johann-Sebastian-von-Drey-Schule aus Röhlingen habe ich wegen Sitzungen leider nicht treffen können. Die Fragen der Schülerinnen und Schüler halten mich frisch ;-) und geben mir gute Einblicke in die Lage der jungen Generation in unserer Heimat. Gerade aus den Gesprächen mit der Jagsttalschule

und der Biesalski-Schule habe ich eine Reihe von Fragen in Sachen Inklusion, Fahrdienst, Praktikaplätze mitgenommen, ich suche nach Lösungen.

Inhaltlich war es in Berlin sehr spannend, wir hatten die namentliche Schlussabstimmung zur Präimplantationsdiagnostik, zwei heftige Diskussionen zum Kampfpanzer-Export nach Saudi-Arabien, habe dazu am Freitag im Plenum gesprochen, und zahlreiche Gesetzesverabschiedungen. Ich hatte zwei Reden, meine 26. und 27. Eine zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik am Donnerstagabend. Dadurch konnte ich „leider“ nicht die traditionelle Stallwächter-Party in der Landesvertretung Baden-Württemberg besuchen. Am Freitagnachmittag war ich dann als unser Abrüstungs- und Krisenpräventionsexperte in der Außenpolitik gefordert, zur voraussichtlichen Leopard-Lieferung nach Saudi-Arabien zu sprechen. Knackpunkt ist, dass solche Lieferungen auf der Grundlage einer Entscheidung des Bundessicherheitsrats beruhen, die geheim sind. D.h. das Parlament wie auch die Öffentlichkeit werden darüber grundsätzlich nicht informiert. Da wir eine werteorientierte und interessen geleitete Außenpolitik in Deutschland haben, habe ich den Spagat dargestellt, das unsere Regierung in seiner Gesamtverantwortung leisten muss. Die USA wie auch überraschenderweise Israel begrüßen und unterstützen eine solche Rüstungslieferung, weil sie dadurch Saudi-Arabien stabilisiert sehen und sich die Region insgesamt in Sorge vor dem sehr imperial auftretenden Iran wappnet. Andererseits liefert Deutschland keine Waffen in Spannungsgebiete, Saudi-Arabien (SA) zählte bisher nicht zu Spannungsgebieten. SA unterstützt Deutschland beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus und wirkt sehr ausgleichend auf die verschiedenen Palästinensergruppen. Zudem hat SA die geschassten tunesischen und jemenitischen Ex-Präsidenten aufgenommen, worüber die internationale Staatengemeinschaft sehr froh war. Auch die Rot-Grüne Regierung hat ihre Rüstungsexporte nach SA und anderswohin nicht veröffentlicht, ein Zahlenvergleich, die Kohlregierung hat im Jahr 1998 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter im Umfang von 1,3 Mrd DM erteilt, Rot-Grün im Jahr 2000 Exporte in Höhe von 5,9 Mrd DM!!

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Ein heikles Thema, das ich versucht habe, sachlich anzugehen, das Video wird auf meiner Homepage eingestellt.

Zur PID: Ich habe mich bereits im März gegen eine Zulassung der PID ausgesprochen und das auch in meinen beiden Abstimmungen am Donnerstag deutlich gemacht. Im Bundestag gab es allerdings eine Mehrheit für eine begrenzte Zulassung der PID. Ich lehne sie aus ethischen Gründen ab, den Wunsch der Eltern nach gesunden Kindern verstehe ich als Vater nur zu gut, aber nicht alles, was menschliche Wissenschaft leisten kann, sollten wir auch tun. Es gibt so viele Kinder in Heimen, die zur Adoption frei gegeben sind und die sich nach Familien sehnen. Aber das alles sind sehr persönliche Überlegungen und Entscheidungen, die es bei den Abstimmungen zu respektieren galt.

Des weiteren hatte mich vergangene Woche ein Redakteur der Zeitung CICERO begleitet, ein kleines Porträt gemeinsam mit dem Kollegen Pascal Kober soll in der August-Ausgabe erscheinen.

Heute Abend findet eine Sendung des Deutschlandradio Kultur in der Reihe „Wortwechsel“ von 19.07 – 20.00 h statt, an der ich mit einem weiteren Bundestagskollegen und einem Wissenschaftler teilnehme.

2. Wahlkreis

Die nächsten Wochen bis Ende Juli werde ich vielfältig im Wahlkreis unterwegs sein, die Termine finden Sie auf meiner Internet-Seite. Vom 24.07.-27.07. bin ich mit den Sommeraktionstagen vorrangig im Kreis Heidenheim aktiv und werde mich vor allem den Themen Euro und Energiewende sowie unserem diesjährigen Motto „Unterwegs für Jugend und Familie“ stellen. Die Fortsetzung der Sommeraktionstage im Kreis Heidenheim ist dann am 22./23. August sowie am 26. August. Die Ausplanung läuft über Frau Beyrle in der Kreisgeschäftsstelle HDH und meinem Büro, es sind noch etliche Termine frei. Gern möchte ich ehren- und hauptamtliche Einrichtungen in der Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit besuchen und vor allem Interessierten diskutieren. Im Altkreis Aalen bin ich mit den Sommeraktionstagen gemeinsam mit Winfried Mack gezielt am 21.08., 29.08.-04.09.2011 unterwegs.

Auch hier wird über das Büro von Winfried Mack und der Kreisgeschäftsstelle sowie meinem Büro das Programm zusammengestellt, wir sind für weitere Vorschläge offen.

Keine Zwischenbilanz, aber die vergangenen zwei Jahre als Ihr Bundestagsabgeordneter waren ausgesprochen erfüllend und lehrreich. Von meinen Zusagen und Versprechen aus dem Wahlkampf sind bereits die „Heiße-Eisen-Liste“, der regelmäßige Informationsaustausch mit Ortsvorstehern und Bürgermeistern, die Einrichtung des Stiftungslehrstuhls „Erneuerbare Energien“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Aalen und erheblich mehr Klarheit in Verkehrsfragen (B29 etc.) umgesetzt. Mir sind weiterhin Themen wie die Stärkung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements in unseren Gemeinden, Ausbau des Breitbandinternets, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum wichtig. Das ist aber eine Gemeinschaftsleistung, Ihre Impulse helfen mir bei der Umsetzung in der Heimat und in Berlin. In drei Worten: Heimatbewusstsein, Fleiß für Wohlstand wie Sicherheit und Zusammenhalt machen unsere Region stark und liebenswert.

3. Ausblick

Wir kennen noch alle nicht die Themen, die das Sommerloch füllen werden ;-)) Bitte wenden Sie sich bei Fragen an mich, ich versuche, wo immer es geht, Sie sachlich und umfassend zu informieren.

Das nächste „Kiesewetter Kompakt“ erscheint als Nr. 14/2011 am 09. September, der Bundestag ist ab Montag in der sitzungsfreien Zeit. Bis dahin wünsche ich ihnen und Ihren Familien einen schönen und erholsamen Sommer.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

